

ANTRAG

Antragsteller*in: Sebastian Werkl

Tagesordnungspunkt: 11.3 Weitere Anträge

A3: Liberalisierung von Verwaltungsstrafen - Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen!

Antragstext

1 Wir JUNOS - Junge liberale NEOS sind der Überzeugung, dass eine Haftstrafe
2 immer die Ultima Ratio sein muss, die Strafmaßnahme, wenn alle anderen
3 Strafmaßnahmen nicht gewirkt haben. Deshalb setzen wir uns für eine
4 Abschaffung des §16 VStG ein, in welchem Ersatzfreiheitsstrafen beschrieben
5 werden. Während es im Strafrecht und auch im Finanzstrafrecht bereits möglich
6 ist, eine Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit zu umgehen, gibt es
7 diese Option im Verwaltungsstrafrecht noch nicht.

8 Einerseits stellen die Ersatzfreiheitsstrafen eine Diskriminierung finanziell
9 schwacher Bevölkerungsteile dar, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ohne
10 Grund als Ersatz der Geldstrafe herangezogen werden kann. Eine
11 Ersatzfreiheitsstrafe ist nur im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe
12 anzutreten. Erst wenn die Einbringungsmaßnahmen (Exekution) erfolglos waren,
13 kommt es zu einer Ersatzfreiheitsstrafe. Davon waren im Jahr 2022 immerhin 5243
14 Menschen betroffen.

15 Andererseits sind Ersatzfreiheitsstrafen auch für den Staat teuer. Ein
16 Häftling im Justizvollzug kostete Österreich in den Jahren 2019-2021 zwischen
17 144 und 151 Euro pro Tag. Für Häftlinge, die eine Ersatzfreiheitsstrafe in
18 Polizeianhaltezentren verbüßen, wurden insgesamt im Jahr 2017 13,4 Mio. Euro
19 ausgegeben.

20 Des Weiteren gibt es selbstredend noch andere persönliche Konsequenzen für
21 Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müssen. Selbst bei kurzen
22 Haftstrafen gibt es eine latente Gefahr des Jobverlusts und damit
23 zusammenhängende weitere soziale Probleme wie etwa Wohnungslosigkeit. Außerdem
24 gibt es klarerweise auch ein soziales Stigma von Menschen, die inhaftiert waren.
25 Ganz zu schweigen von den Problemen, die Alleinerziehende haben, ihre Kinder

26 unterzubringen, wenn sie eine Ersatzfreiheitsstrafe ableisten.

27 Dies alles spricht gegen die bis jetzt gängige Praxis der
28 Ersatzfreiheitsstrafen im Bereich von Verwaltungsdelikten. Natürlich ist es
29 aber auch keine Option, Menschen, die eine Geldbuße nicht bezahlen können,
30 straffrei davonkommen zu lassen. Deshalb fordern wir JUNOS - Junge liberale
31 NEOS, dass an die Stelle von Ersatzfreiheitsstrafen auch im Bereich des
32 Verwaltungsstrafrechts gemeinnützige Arbeit tritt. Im Jahr 2017 wurde von der
33 damaligen SPÖ-ÖVP Regierung bereits eine derartige Reform vorgelegt. Leider
34 ist diese den darauf folgenden Regierungsumbildungen zum Opfer gefallen. Bis
35 dato wurde keine neue Gesetzesnovelle erarbeitet. Wir fordern eine Beendigung
36 dieses Missstandes im Verwaltungsstrafrecht.